

XXII. GP.-NR

1293 /J

2004 -01- 13

DRINGLICHE ANFRAGE

(gem. § 93 Abs. 1 GOG)

der Abgeordneten Dr. Gusenbauer

und GenossInnen

an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

betreffend Verantwortung der Bundesregierung für die Rekordarbeitslosigkeit in Österreich

Im Dezember 2003 wurde mit 331.483 Arbeitslosen die höchste seit 1945 in Österreich erhobene Zahl von Menschen ohne Beschäftigung verzeichnet. Parallel dazu wurde die Steuer- und Abgabenquote auf einen historischen Höchststand angehoben. Österreich, das in der Vergangenheit bei allen Indikatoren wirtschaftlichen Erfolges – sei es die Arbeitslosenrate, das Wirtschaftswachstum oder der Reallohnzuwachs – immer im europäischen Spitzenfeld zu finden war, fällt immer weiter zurück. Zusammenfassend: Noch nie waren so viele Menschen in Österreich arbeitslos, noch nie waren die Belastungen für alle Österreicherinnen und Österreicher so hoch und noch nie stand Österreich im europäischen Vergleich so schlecht da.

Die Regierung prahlt nun mit einer Steuerreform, für die ihr kein Superlativ zu hoch gegriffen sein kann. „Großer Wurf“, „größte Steuerreform der 2. Republik“, etc. sind nur einige der Bezeichnungen, mit denen sie sich selbst lobt. Abgesehen davon, dass diese Steuerreform – vielleicht – im nächsten Jahr im Kraft tritt, dafür aber neuerlich Belastungen im Gesamtausmaß von 1,8 Milliarden Euro mit 1.1. 2004 schlagend werden – und das sicher, erfüllt sie auch in keiner Weise die Anforderungen, die an eine Steuerreform zu stellen sind. Insgesamt wird mit dieser Steuerreform der Bevölkerung bestenfalls ein Bruchteil dessen zurückgegeben, was ihr zuvor durch diverse Belastungspakete abgeknöpft wurde. Diese sogenannte Steuerreform findet zudem sozial absolut unausgewogen statt: es werden jene, die von den verschiedenen Belastungen am ärgsten betroffen waren und die es daher am dringendsten bräuchten – jene 2,5 Millionen Personen, die weniger als 14.500 Euro verdienen – überhaupt nicht entlastet.

Es gehen von dieser Steuerreform keine Wachstumsimpulse aus, die für Österreichs Wirtschaft und Arbeitsmarkt aber dringend notwendig gewesen wären. Anstatt Investitionsanreize zu schaffen, röhmt sich die Regierung einer immens teuren Körperschaftsteuer-Senkung, die nur 20 % der Unternehmen zugute kommt. Damit

bekommen diese Unternehmen das gleiche Volumen an Entlastung wie die derzeit 3.129.725 unselbstständig Erwerbstätigen.

ÖVP und FPÖ haben die Regierungsgeschäfte zu einem Zeitpunkt günstiger Arbeitsmarktentwicklung übernommen: Seit Herbst 1999 gingen die Arbeitslosenzahlen bei gleichzeitig steigender Beschäftigung kontinuierlich zurück. Die österreichische Arbeitsmarktpolitik war auf dem besten Weg, das im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung gesetzte Ziel einer Arbeitslosenrate von nur 3,5 % zu erreichen.

Nach vier Jahren Regierung von ÖVP und FPÖ sieht die Situation grundlegend anders aus: Die Arbeitsmarktlage in Österreich hat sich seit 2000 Jahr für Jahr verschlechtert – die Arbeitslosenrate ist von 5,8 % nach nationaler Zählung im Jahr 2000 auf 7,0 % im Jahr 2003 gestiegen.

Gegenüber Dezember 2000, als 217.000 Personen arbeitslos gemeldet waren, gab es im Dezember 2003 um beinahe 80.000 Arbeitslose mehr, **296.916 gemeldete Arbeitslose und 34.567 Arbeitslose, die sich in Schulungen des Arbeitsmarktservice befanden**, insgesamt somit **331.483 arbeitslose Menschen** in unserem Land. Das ist ein Anstieg um 36,7 %. Im abgelaufenen Jahr waren insgesamt **850.000 Menschen zumindest einmal arbeitslos**. Beinahe jeder dritte Arbeitnehmer in Österreich ist damit von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg in diesem Zeitraum um 52,4 %. Derzeit sind 64.000 junge Menschen ohne Job.

Gleichzeitig reicht das Arbeitsplatzangebot der österreichischen Wirtschaft nicht aus, um dem nach wie vor steigenden Arbeitskräfteangebot ausreichend Beschäftigung zu ermöglichen. **In Österreich wurde 2003 mit durchschnittlich 240.000 registrierten Arbeitslosen und rund 35.000 Arbeitslosen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen die höchste Arbeitslosigkeit seit 1945 registriert.**

Diese verheerende Arbeitsmarktbilanz geht zu einem großen Teil auf das Versagen der Bundesregierung in der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik zurück. Doch auch die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung hat zu dieser negativen Entwicklung entscheidend beigetragen.

Trotz mehrerer von der Bundesregierung angekündigten arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramme fehlen **nach wie vor rund 2.500 Ausbildungsplätze** für 15jährige

SchulabgängerInnen und die Arbeitslosigkeit der 19-24jährigen steigt überdurchschnittlich.

Die Beschäftigungsquote bei den Über-55jährigen ist nach wie vor besorgniserregend niedrig, die Arbeitslosigkeit der Älteren steigt stark an.

Die Aktivbeschäftigung stagniert in Österreich seit dem Jahr 2000. Trotz mehrerer „Konjunktur- und Infrastrukturgipfel“ in den Jahren 2001 - 2003, trotz eines sogenannten „Konjunkturbelebungsgesetzes“ im Jahr 2002 ist es der Bundesregierung nicht gelungen, zu einem erkennbaren Beschäftigungsaufschwung in Österreich beizutragen. Die der Öffentlichkeit präsentierten Maßnahmen und Vorhaben zur Steigerung der Beschäftigung in Österreich sind im Ergebnis völlig wirkungslos geblieben - seit 2000 gibt es de facto keinen Zuwachs bei den voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Österreich.

Im Gegenteil: **Im Zeitraum zwischen dem ersten Halbjahr 2000 bis zum ersten Halbjahr 2003 ging die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze (40-Stunden-Woche) um 28.000 zurück.** Im ersten Halbjahr 2000 gab es 3.069.000 unselbständig Beschäftigte und im ersten Halbjahr 2003 waren es 3.073.000. Im Durchschnitt arbeiteten diese Personen im Jahr 2000 36 Stunden pro Woche und im Jahr 2003 35,6 Stunden pro Woche. Hochgerechnet auf 40-Stunden-Wochen-Arbeitsplätze für das erste Halbjahr 2000 ergeben sich daraus 2.766.000 Vollzeitarbeitsplätze und für das erste Halbjahr 2003 2.738.000, somit um 28.000 **Vollzeitarbeitsplätze weniger.**

Die Stagnation der Gesamtbeschäftigung ist begleitet von einem Rückgang der Männer-Beschäftigung und einem Anstieg der Frauen- (Teilzeit)Beschäftigung. So ging die Beschäftigung von Männern im Jahr 2001 um rund 9.400 und im Jahr 2002 um knapp 17.000 zurück. Auch für 2003 zeichnet sich ein Arbeitsplatzverlust bei den Männern ab.

Obwohl Österreich bei der Beschäftigungsquote nach dem letzten Beschäftigungsbericht der EU-Kommission mit 68,4 % über dem europäischen Durchschnitt liegt, musste Österreich als einziger EU-Mitgliedstaat einen Rückgang der Beschäftigungsquote verzeichnen.

Der österreichischen Arbeitsmarktpolitik wurden alleine in den Jahren 2001 und 2002 rund 2,8 Milliarden Euro entzogen (ca. die Hälfte eines Jahresbeitragsaufkommens in der Arbeitslosenversicherung). Gleichzeitig hat sich der Bund jeglicher finanzieller Verantwortung für die Finanzierung von Arbeitsmarktpolitik begeben – auf Bundesebene wird Arbeitsmarktpolitik seit 2001 ausschließlich durch Beiträge der ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung finanziert.

In der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Beratung und Qualifizierung von Arbeitslosen, Förderung von Beschäftigung und Qualifizierung von Beschäftigten im Rahmen des Europäischen Sozialfonds) wurde nur unzureichend auf die Steigerung der Arbeitslosigkeit reagiert. Im Zeitraum **Februar 2000 - Herbst 2003 wurden keine mittelfristig wirksamen Initiativen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik gesetzt**, um den zentralen künftigen Herausforderungen für den österreichischen Arbeitsmarkt - die EU-Erweiterung und der demographischen Alterung der Erwerbsbevölkerung - rechtzeitig zu begegnen.

Die Pensionsreform des Jahres 2000 hat zu einer deutlichen Verschlechterung der Situation Älterer auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Arbeitslosigkeit der unmittelbar von der Pensionsreform betroffenen Jahrgänge ist deutlich gestiegen. Von der Bundesregierung wurden keine mittelfristig wirkenden Maßnahmen zu Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Menschen gesetzt - weder in der Gesundheitspolitik noch in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Ebenso fehlen öffentliche Fördermaßnahmen für eine altersgerechte Arbeitsorganisation in den Betrieben.

Die Arbeitsmarktsituation Jugendlicher hat sich besorgniserregend verschlechtert. Ende Dezember 2003 suchten **4.469 Jugendliche eine Lehrstelle**. Dies ist ein Anstieg gegenüber Dezember 2002 um 10,9 %. Dem stehen aber nur 1.851 gemeldete offene Lehrstellen gegenüber, das ist ein Minus von 20,4 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002.

Neben den arbeitsrechtlichen Verschlechterungen durch die BerufsausbildungsG-Novelle trägt dafür vor allem die Tatsache Verantwortung, dass die beruflichen Einstiegs- und Ausbildungschancen für Jugendliche sowohl inhaltlich als auch von der Anzahl her unzureichend blieben. Das Lehrstellenangebot weicht immer deutlicher von den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ab und sinkt weiter. Gegengesteuert wurde in der letzten Legislaturperiode nicht: Weder war das Auffangnetz für lehrstellensuchende Jugendliche quantitativ und qualitativ ausreichend, noch erfolgten sonstige strukturelle Eingriffe etwa über die Schaffung überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen für Mangelberufe oder ähnliche Maßnahmen.

Die Konjunkturentwicklung im Jahr 2004 wird zu keiner Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen. Es ist laut Wirtschaftsforschern ein 2,5% - 3%iges BIP-Wachstum notwendig, bis es zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit in Österreich kommt. Das ist nach allen Prognosen für 2004 nicht zu erwarten.

Das Arbeitskräfte-Angebot in Österreich wird weiter steigen. Dafür sorgen die Demographie, die trotz der Konjunkturkrise nach wie vor steigende Erwerbsneigung bei den Frauen, die Bundesregierung mit ihrer missglückten Pensionsreform-Politik und der ebenso verfehlten Reform der Altersteilzeit, ihrer Politik zur Erhöhung des ausländischen Arbeitskräfteangebotes vor allem durch die laufende Erhöhung der Saisonierbeschäftigung sowie die EU-Erweiterung, wodurch alleine auf Grund des Beitrittsvertrages bestimmte ArbeitnehmerInnen legal Zutritt zum Arbeitsmarkt haben.

Im AMS geht man davon aus, dass das Arbeitskräfteangebot im Jahr 2004 um weitere 15.500 Arbeitskräfte im Jahresschnitt steigen wird. Das werden in erster Linie jugendliche MigrantInnen der zweiten und dritten Generation, Frauen sowie Ältere und Einpendler aufgrund der Übergangsregeln bei der Erweiterung sein.

Im Ergebnis wird die Arbeitslosigkeit in Österreich im Jahr 2004 weiter ansteigen und im Jahresschnitt die im Jahr 2003 erreichten traurigen Rekorde erneut brechen. Im Auftrag des AMS hat das Institut Synthesis-Forschung eine Studie erarbeitet aus der hervorgeht, dass **die reale Gefahr besteht, dass im Jahresschnitt 2004 rund 10.000 Personen mehr arbeitslos sein werden als 2003 (um 7.000 mehr Männer und um 3.000 mehr Frauen, die Jugendarbeitslosigkeit wird um mehr als 3.000 Personen zunehmen, die der Männer im Haupterwerbsalter (25-49) um 5.400 Personen im Jahresschnitt). Damit wird die Arbeitslosenrate um weitere 0,3 % gegenüber 2003 zunehmen und auf 7,3 % im Jahresschnitt steigen.**

Die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen haben sich als unzureichend und wirkungslos erwiesen. Das gilt sowohl für die Auffangnetze für die Lehrstellensuchenden oder die Sonderprogramme für die 19-24jährigen, welche die katastrophale Entwicklung bei der Jugendarbeitslosigkeit nicht verhindern konnten. Von den sogenannten Konjunkturpaketen ging kein nennenswerter Impuls für die Schaffung zusätzlicher Beschäftigung aus. Die steuerlichen Entlastungen zu Beginn des Jahres 2004 reichen bei weitem nicht aus, die mit 2004 erhöhten Belastungen auszugleichen – eine Stärkung der Massenkaufkraft und damit der Binnennachfrage ist nicht in Sicht. Von der EU und der OECD wird die Bundesregierung scharf kritisiert, weil den vollmundigen Ankündigungen, lebenslanges Lernen zur für die Menschen lebbaren Realität zu machen, keine erkennbaren Strategien zur Umsetzung dieses Ziels gefolgt sind. Im Gegenteil, es wurde das Budget für Erwachsenenbildung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur neuerlich reduziert, es fehlen nach wie vor ausreichende Ausbildungsplätze für Lehrlinge und im berufsbildenden mittleren und höheren Schulwesen, Arbeitsuchende haben kaum mehr die Chance auf wirkliche berufliche Weiterbildung oder Umorientierung.

Die budgetäre Entwicklung des AMS und der Arbeitslosenversicherung hält auch 2004 nicht Schritt mit der Verschärfung der Arbeitsmarktlage. Das Budget für die Arbeitsmarktförderung ist rückläufig. Für die von der Arbeitsmarktkrise stark betroffenen Gruppe der männlichen Arbeitnehmer zwischen 25 – 49 Jahren kann im Jahr 2004 de facto nichts getan werden. Zudem rechnet der Vorstand des AMS mit einem Defizit in der Arbeitslosenversicherung in der Größenordnung von 480 Millionen Euro – die Aufnahme von Krediten für das Normprogramm ist notwendig, zu einem energischen Gegensteuern fehlen die Mittel gänzlich.

Die Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit wird immer unzureichender. Der Beleg dafür sind die steigenden Sozialhilfe-Ausgaben der Bundesländer, die vor allem auf die sogenannten „Richtsatz-Ergänzungs-Zahlungen“ zurückgehen – liegt das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe unter dem Sozialhilferichtsatz des betreffenden Bundeslandes, kann eine Aufzahlung auf diesen Richtsatz beantragt werden. Mit anderen Worten: In immer mehr Fällen liegt die Versicherungsleistung bei Arbeitslosigkeit unter der Sozialhilfe. Arbeitslosigkeit führt also immer stärker und immer schneller zur Verarmung – ein Resultat auch der im EU-Vergleich sehr niedrigen Nettoersatzrate von 55 % (lediglich Irland und Griechenland sichern ihre Arbeitslosen noch schlechter ab).

Wenn sich an dieser Situation nichts ändert, dann wird

- die Arbeitslosigkeit im Jahr 2004 noch höher liegen als im bisherigen Rekordjahr 2003
- die Vollzeitbeschäftigung in Österreich weiter stagnieren und an Qualität verlieren.
- die Attraktivität des Beschäftigungsstandortes Österreich weiter abnehmen, weil es zu keiner nennenswerten Erhöhung der beruflichen Qualifikation von Arbeitsuchenden kommen wird. Damit wird wertvolle Zeit zur Unterstützung der in Österreich lebenden Arbeitskräfte bis zur weiteren Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes sowie zu ihrer Anpassung an die sich ändernden Qualifikationsanforderungen der Unternehmen ungenutzt verstreichen.
- Arbeitslosigkeit immer mehr zum Verarmungsrisiko Nummer 1 für immer breitere ArbeitnehmerInnengruppen werden.

Die nunmehr angekündigte Steuerreform der Bundesregierung geht an den Problemen des Arbeitsmarktes sowie der Wirtschafts- und Wachstumsschwäche vorbei.

Die Steuersenkung kommt konjunkturpolitisch nicht nur für die hunderttausenden Arbeitslosen in Österreich zu spät. Nur eine signifikante Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommen schon im Jahr 2004 hätte die Massenkaufkraft erhöhen und damit für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen können.

Die von der Regierung geplante Steuersenkung erreicht außerdem die falschen Gruppen. Es profitieren nicht jene, die eine Entlastung nach den zahlreichen schwarzblauen Belastungspaketen der letzten Jahre bräuchten. Die Steuerreform orientiert sich nicht am Bestreben, mehr Arbeit und Wachstum in Österreich zu schaffen.

Die Kleinverdiener und der Mittelstand sind die Verlierer dieser sogenannten Steuerreform.

Die Reform ist verteilungspolitisch völlig falsch: Während beispielsweise ein Jahreseinkommen von 22.000,- Euro um lediglich 145 Euro entlastet wird, darf sich ein Verdienender von 35.000,- Euro im Jahr über eine Entlastung von 550,- Euro freuen. Mehr als 2,2 Millionen Steuerzahler erhalten durch die Steuerreform keinen Cent mehr, weil sie schon bisher keine Lohnsteuer zahlten.

In dieses Bild passt auch, dass Treibstoff (Diesel) für die Bauern weniger besteuert werden soll, während alle anderen Österreicherinnen und Österreich im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003 mit einer höheren Mineralölsteuer belastet wurden. Die unzureichende Anhebung der Pendlerpauschale gleicht die Belastung in keiner Weise aus.

Auch die Prioritäten bei der Entlastung der Wirtschaft sind falsch gesetzt. Die Senkung der Körperschaftsteuer kostet dem Budget 1,1 Milliarden Euro, erfolgt mit der Gießkanne und bringt daher keine positiven Effekte für Wachstum und Beschäftigung. Die Art der Senkung, ohne Korrektur bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage, wird dazu führen, dass in Zukunft auch wenig bis kein Spielraum mehr für Investitionsanreize, Förderung von Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung sowie andere Maßnahmen mit wirtschaftslenkenden Effekten besteht.

Die große Zahl der österreichischen Klein- und Mittelbetriebe, die in der Regel als Personengesellschaften organisiert sind, profitieren von der Senkung der KöSt überhaupt nicht. Da die KMU in der Regel auch geringe Gewinne ausweisen, können sie auch nicht von der im Rahmen der Budgetbegleitgesetze per 2004 eingeführten steuerlichen Begünstigung für nicht entnommene Gewinne profitieren.

Angesichts der Struktur des österreichischen Steuersystems, wonach rund zwei Drittel des Gesamtaufkommens durch den Faktor Arbeit erbracht wird, liegt die Steuerreform auch in der Halbe-Halbe-Verteilung der Entlastung von Arbeit und Gewinn schief. Denn unter Zugrundelegung des Beitrags zum Gesamtsteueraufkommen werden die Gewinne doppelt so hoch entlastet wie die Arbeit. Damit wird die Hälfte des Gesamtvolumens im Ausmaß von ca. 1,1 Milliarden Euro auf lediglich 20% der österreichischen Unternehmen, die Kapitalgesellschaften verteilt. Dabei hatte die schwarzblaue Bundesregierung immer wieder eine substantielle Entlastung des Faktors Arbeit versprochen, was zur Erreichung von mehr Wachstum und Beschäftigung auch richtig gewesen wäre. Auch hier hat die Bundesregierung gründlich versagt.

Die Regierung hat mit der vorgelegten Steuerreform auch die Gelegenheit ausgelassen, die Steuerstrukturen in Österreich so zu verändern, dass das System gerechter wird und Wachstum und Beschäftigung besser unterstützt. Es wurde die Gelegenheit verpasst, unter gerechterer Einbeziehung aller Einkommen in das Steuer- und Abgabensystem für eine fairere Finanzierung der Staatsaufgaben und der Systeme sozialer Sicherheit zu sorgen.

Die Regierung macht darüber hinaus über die Folgewirkungen der Steuerreform keine Angaben. Es ist mit einer erheblichen Erhöhung des Defizits in Zeiten einer guten Konjunktur zu rechnen, was auch vor dem Hintergrund der Zielsetzung eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts falsch ist.

Die Bundesregierung nimmt immer neue Höchststände an Arbeitslosigkeit in Kauf, um ihre scheinbaren Geschenke im Rahmen einer wahltagsorientierten Wirtschafts- und Steuerpolitik zu finanzieren. Die Reformansätze lassen jegliche wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für mehr Wachstum vermissen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende dringliche

Anfrage:

1. Damit die Arbeitsmarktpolitik ihren Beitrag zur Bekämpfung der Qualifikationsmängel auf dem Arbeitsmarkt leisten kann ist es notwendig, im Jahr 2004 ein umfassendes Ausbildungs- und Unterstützungsangebot für alle

Arbeitssuchenden spätestens nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit aufzubauen. Wann werden Sie das in Angriff nehmen?

2. Es ist endlich wieder ein Mindestmaß an Vorausschau in der Arbeitsmarktpolitik notwendig. Werden Sie daher zum Beispiel das Auffangnetz für Jugendliche schon im Frühjahr 2004 so ausstatten, dass die Probleme bewältigt werden können und nicht wieder erst kurz vor Jahresende die Plätze erhöhen, damit nicht bis dahin bereits tausende Jugendliche schon ein halbes Jahr arbeitslos gewesen sind?
3. Wann werden Sie endlich zumindest eine Valorisierung beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe durch Aufwertung der Bemessungsgrundlagen vornehmen?
4. Planen Sie eine Anpassung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes um sicherzustellen, dass die 7-jährige Übergangsfrist bezüglich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern auch tatsächlich greift?
5. Wann werden Sie endlich eine rigorose Bekämpfung der organisierten illegalen Beschäftigung durch- und umsetzen?
6. Warum gehen insgesamt mehr als 2,2 Millionen Kleinverdiener mit einem Einkommen unter 14.500,- Euro bei der Steuerreform vollkommen leer aus, obwohl diese Bevölkerungsgruppe besonders von den Belastungspaketen der Jahre 2000, 2001 und 2004 betroffen sind, und welche negativen Effekte hat das für Wachstum und Beschäftigung bzw. wie rechtfertigen Sie es als Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, dass die Massenkaufkraft zur Schaffung von Nachfrage und Beschäftigung nicht ausreichend angehoben wurde?
7. Warum haben Sie es als Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zugelassen, dass der Faktor Arbeit im Rahmen der Steuerreform unter Zugrundelegung der Verteilung des Gesamtabgabenaufkommens nur im halben Ausmaß der Gewinne entlastet wird?
8. Warum lassen Sie es als zuständiger Minister für alle österreichischen Unternehmen zu, dass Steuergeschenke im Ausmaß von fast 1,1 Milliarden Euro an große Kapitalgesellschaften verteilt werden, während die große Zahl der österreichische Klein- und Mittelbetriebe weiterhin leer ausgeht, weil sie von ihren Gewinnen leben müssen und diese nicht steuerbegünstigt im Betrieb liegen lassen können?

9. Wie rechtfertigen Sie es als Wirtschafts- und Arbeitsminister, dass angesichts der hohen Arbeitslosigkeit baureife Infrastrukturprojekte nicht bereits in relevantem Ausmaß vorgezogen wurden bzw. auch nach Ihren bisherigen Ankündigungen unzureichend vorgezogen werden, und werden Sie sich als Wirtschafts- und Arbeitsminister dafür einsetzen, dass angesichts der höchsten, immer noch steigenden Arbeitslosigkeit und nach wie vor schlechten Konjunktur baureife Infrastrukturprojekte in größerem Umfang vorgezogen werden?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne des § 93 Abs. 1 GOG dringlich zu behandeln.

The image shows three handwritten signatures in black ink. The top signature reads 'Dr. Barbara Hanel' and includes a small checkmark. The middle signature reads 'Dr. Klaus Kausch'. The bottom signature reads 'Dr. Thomas Schäfer' and includes a small checkmark. All signatures are written in a cursive, flowing script.